

Finanzialisierung und Entwicklungspolitik in der Krise

Call for Papers, *PERIPHERIE*, Ausgabe 162/163 (erscheint im August 2021)

Spätestens seit dem Ausbruch der nordatlantischen Finanzkrise von 2007/2008 ist „Finanzialisierung“ zum geflügelten Wort geworden. Der Begriff versucht zugleich einen Prozess sowie eine neue Phase des Kapitalismus zu fassen, in der seit den 1970er Jahren Finanzmärkte (wieder) eine dominante Rolle im globalen Akkumulationsregime einnehmen. Dabei wird insbesondere der rapide Aufstieg von neuen Akteuren des Schattenbankensystems betont, etwa Hedge- und Pensionsfonds, die unter anderem durch die neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung sowie weltweit wachsender Vermögensungleichheit riesige Geldsummen über den Erdball schieben. Dies hat gleichzeitig eine Zentralisierung auf wenige Firmen der globalen Vermögensverwaltung zur Folge.

Insbesondere Finanzprodukte wie Derivate haben zu diesem Aufstieg beigetragen. Diese Innovationen ermöglichen es, dass nicht nur die Vermögenswerte im eigenen Besitz, sondern auch die mit ihnen verbundenen Marktrisiken wie die Veränderung von Zinsraten, Aktienwerten oder Rohstoffpreisen gehandelt werden können. Andere Finanzinstrumente, etwa die Verbriefung von Krediten, die im Zuge der Subprime-Krise in den USA bekannt wurden, ermöglichen beispielsweise, Schuldtitel, z.B. Immobilien-, Studien-, oder Mikrokredite, in gebündelter Form als Vermögenswerte an Investoren weiterzuverkaufen. Dass beide Innovationsformen nicht nur hohe Profitmöglichkeiten in sich bergen – und damit zur weltweiten Ungleichheit beitragen –, sondern das globale Finanzsystem insgesamt instabiler werden lassen, zeigte sich nicht zuletzt in der oben genannten Finanzkrise.

Die Ausbreitung von Finanzlogiken und -instrumenten hat in den vergangenen Jahren nicht nur Unternehmen gezwungen, ihre Profite im Sinne der Anteilseigner*innen zu maximieren. Vielmehr sind sie in Form von Austeritätspolitik und der zunehmenden Verschuldung lohnabhängiger Haushalte auch in die hintersten Winkel von Staat und Gesellschaft vorgedrungen. Auch vor Programmen zu nachhaltiger Entwicklung in Ländern des Globalen Südens macht dieser Trend keinen Halt. Trotzdem sind Beiträge zum Verhältnis von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik im deutschsprachigen Raum bislang verhältnismäßig rar gesät. Dies ist in mehrfacher Hinsicht verwunderlich.

Zum einen haben sich Akteur*innen und Dynamiken der internationalen Finanzmärkte in den vergangenen Jahren zunehmend in entwicklungspolitische Diskurse und Programme eingeschrieben. Seit einigen Jahren werben die Weltbank und andere führende Akteure der internationalen Entwicklungspolitik unter dem Slogan „Maximizing Finance for Development“ dafür, das Potenzial der Finanzmärkte zu nutzen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen. Statt auf die Finanzierung durch die internationale Staatengemeinschaft in Milliardenhöhe zu setzen, soll die staatliche Entwicklungsfinanzierung vielmehr genutzt werden, um ein Vielfaches an Kapital von privaten Unternehmen und institutionellen Fonds anzulocken.

Für diese wiederum gibt es gute Gründe, in die Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte und Programme einzusteigen. Denn laut Weltbank belaufen sich die Gewinnaussichten in so genannten Entwicklungsländern auf ca. 12 Billionen (10^{12}) US\$, beispielsweise durch Beteiligungen an Infrastrukturprojekten, Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem oder in die Landwirtschaft.

Zum zweiten zählen deutsche und europäische Institutionen, beispielweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die Europäische Investitionsbank (EIB), zu zentralen Akteuren, die Verbindungen zwischen Entwicklungspolitik und globalem Finanzwesen suchen. So ist die GIZ in die Beratung, Finanzierung und Umsetzung von Projekten zu „finanzieller Inklusion“ aktiv, in denen „arme Haushalte“ in das formelle Finanzsystem eingebunden werden sollen, etwa über den Zugang zu Mikrokrediten, Versicherungen oder Zahlungsdiensten. Bereits vor dem Ausbruch der letzten großen Finanzkrise ist die Bundesregierung führend – zunächst innerhalb der G7/8, später innerhalb der G20 – daran beteiligt, Finanzmärkte in so genannten Entwicklungsländern zu vertiefen und Investitionen auch in diesen Ländern für Schattenbanken attraktiver zu machen. Der 2017 unter G20-Präsidentschaft Deutschlands verabschiedete „Compact with Africa“ ist in diese Bestrebungen einzuordnen.

Für Länder des Globalen Südens stellen sich durch die zunehmende Vertiefung globaler Finanzmärkte sowie ihrer entwicklungspolitischen Flankierung Fragen zu alten Abhängigkeiten und neuen Herausforderungen. Die mit der Finanzialisierung einhergehende vertiefte In-Wert-Setzung (Kommodifizierung) von sozialer Infrastruktur und sozialer Reproduktion verstärkt nicht nur Ungleichheiten und Existenznöte, sie schränkt zunehmend auch den „policy space“ eigenständiger Entwicklungsoptionen weiter ein. Darüber hinaus vertieft die Finanzialisierung von Entwicklungspolitik die Interessenswidersprüche in den jeweiligen Ländern selbst – durch die Privatisierung von Pensionsfonds oder heimischen Anlagemöglichkeiten für die vermögenden Klassen entsteht auch ein inländisches Interesse an hohen Dividenden und Zinszahlungen. Die Abhängigkeit von Weltbank und Internationalem Währungsfonds vertieft sich, wenn sich EZ-Projekte nicht als „bankable“ erweisen und globale Risikofinanziers einspringen müssen.

Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie Ende des Jahres 2019 spitzen sich solche Widersprüche weiter zu. Auch internationales Kapital, welches in den vergangenen Jahren in Anleihemärkte und Unternehmen in Ländern des Globalen Südens investiert wurde, wird aktuell vermehrt abgezogen und vermag so Krisentendenzen zu verstärken. Die Hoffnung, dass inländische Investoren als Krisenanker fungieren, erweist sich als Trugschluss.

Vor diesem Hintergrund möchte das geplante Heft unterschiedliche Perspektiven auf das widersprüchliche und krisenhafte Verhältnis von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik vereinen. Dabei sind sowohl theoretische als auch empirische Beiträge willkommen. Wir begrüßen insbesondere Artikel, die sich der skizzierten Leerstellen sowie der aktuellen Krisentendenzen annehmen. Texte zu den folgenden Themenfeldern und Fragestellungen sind erwünscht:

- *Institutionen der EZ:* Welche Interessen und Akteure begründen das Eintreten für die Vertiefung von Finanzmärkten im Globalen Süden und welche neuen nationalen und internationalen Koalitionen werden sichtbar? Welche Rolle kommt der deutschen bzw. europäischen (Entwicklungs-)Politik dabei zu?
- *Instrumente:* Welche Finanzierungsinstrumente wurden in den vergangenen Jahren oder werden aktuell entwickelt (z.B. strukturierte Fonds, Green Bonds, Derisking, Verbriefung von Haushaltsschulden/Mikrokrediten), und was sind ihre konkreten entwicklungspolitischen Implikationen?

- *Geopolitik*: Was sind die geopolitischen Implikationen der Finanzialisierung von Entwicklungspolitik? Inwiefern werden koloniale und imperiale Herrschaftsverhältnisse durch Schulden fortgeschrieben, erneuert oder herausgefordert? Wie hängt die Vertiefung von Finanzmärkten mit Machtverhältnissen in globalen Wertschöpfungsketten zusammen?
- *Krisentendenzen*: Welche Widersprüche und Krisentendenzen zeichnen sich durch die entwicklungspolitisch forcierte Vertiefung von Finanzmärkten ab? Wie werden diese durch die aktuelle Corona-Pandemie ausgelöst oder verstärkt?
- *Soziale Reproduktion/Ökologie/Staatlichkeit*: Wie werden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse durch die zunehmende Finanzialisierung regiert? Wie schreibt sich diese Entwicklung in staatliche Institutionen ein, und was sind die Auswirkungen dieser veränderten Staatlichkeit? Wie wird das alltägliche Leben durch Finanzialisierung überformt und kommodifiziert? Wie verändert sich das Transformationskonzept der SDGs im Zuge von Finanzialisierung?
- *Widerstand/Transnationale Solidarität*: Welche Strategien erarbeiten sich soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure in unterschiedlichen geographischen Kontexten zur zunehmenden Verschuldung und zur wachsenden Abhängigkeit von Finanzmärkten? Welche Potenziale und Formen transnationaler Solidarität birgt die Kritik am globalen Finanzkapitalismus?

Redaktionsschluss für Artikel ist der

28. Dezember 2020.

Manuskripte, Rücksprachen zu möglichen Beiträgen und weitere Fragen richten Sie bitte an info@zeitschrift-peripherie.de. Weitere Hinweise für Autor*innen stehen auf unserer Website unter <http://www.zeitschrift-peripherie.de> zum Herunterladen bereit.